

Grimmer, Bettina; Hobbins, Jennifer

## **Neue Subjektpositionen – alte Klassismen? Übergangsregime und aktivierende Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und Schweden**

*Siebert, Karolina [Hrsg.]; Handelsmann, Antje [Hrsg.]: Übergänge mit Klasse. Klassismus im Kontext von Übergangsgestaltung. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 23-32*



### Quellenangabe/ Reference:

Grimmer, Bettina; Hobbins, Jennifer: Neue Subjektpositionen – alte Klassismen? Übergangsregime und aktivierende Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und Schweden - In: Siebert, Karolina [Hrsg.]; Handelsmann, Antje [Hrsg.]: Übergänge mit Klasse. Klassismus im Kontext von Übergangsgestaltung. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 23-32 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-297964 - DOI: 10.25656/01:29796; 10.35468/6087-02

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-297964>

<https://doi.org/10.25656/01:29796>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<http://www.klinkhardt.de>

### Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



### Kontakt / Contact:

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der:

  
Leibniz-Gemeinschaft

*Bettina Grimmer und Jennifer Hobbins*

# **Neue Subjektpositionen – alte Klassismen? Übergangsregime und aktivierende Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und Schweden**

## **1 Einleitung**

Institutionen prägen unser Alltagsleben. In der biografischen Phase zwischen Schule und Erwerbsarbeit bestimmen etwa Schulabschluss, Berufsbildungssystem und Arbeitsmarkt entscheidend darüber, wie der Übergang verläuft – und Sozialsysteme können mögliche Brüche abfedern. Das Zusammenspiel dieser Institutionen wird häufig als Übergangsregime bezeichnet (Blasco et al., 2003; Walther, 2006). Der Begriff des Regimes verweist dabei auf die Frage, wie Prozesse der sozialen Reproduktion gestaltet werden – in Form wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, aber auch durch Repräsentationen von Erwerbsarbeit, Familie und Solidarität –, und zeigt auf, dass dadurch Subjektivierungsangebote und Vorstellungen von Normalität transportiert werden (Walther, 2022). Diese Regime bilden freilich nur den Hintergrund für die empirischen biografischen Realitäten, die sich in Relation zu ihnen entfalten können. Dennoch lohnt es sich, die institutionelle Perspektive in den Blick zu nehmen. Denn Institutionen bearbeiten nicht nur Individuen mit ungleichen Herkunftsbedingungen, sondern stellen durch selektive Inklusions- und Exklusionsmechanismen selbst soziale Ungleichheit her (Emmerich & Hormel, 2021).

Und damit sind wir beim Thema dieses Bandes: Übergangspolitik ist immer auch Klassenpolitik und kann diskriminierend oder egalisierend wirken. Wie unterschiedlich die Übergangssysteme und die durch sie erzeugten Realitäten sein können, zeigt ein Ländervergleich. Während das deutsche Übergangsregime stark auf marginalisierte Gruppen ausgerichtet ist, gilt Schweden als universalistisch: Durch die höhere Jugendarbeitslosigkeit und die schwächere Verzahnung von Ausbildung und Arbeitsmarkt sind brüchige Übergänge hier eher Normalität und weniger mit einem Stigma verbunden. Doch beide Regime haben sich im Zuge der Einführung aktivierender Arbeitsmarktpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten stark verändert.

In diesem Beitrag zeichnen wir die Übergangsregime in Deutschland und Schweden anhand von ausgewählten Maßnahmen und Policies nach. Wir zeigen, dass damit unterschiedliche Subjektivierungsangebote in Form von Subjektpositionen verbunden sind, die Übergangspolitik mehr oder weniger stark als Klassenpolitik verstehen. Nach einer kurzen Darstellung der Übergangsregime in Bezug auf Bildungssysteme und Zugang zu Sozialleistungen (2) beschreiben wir die wesentlichen Neuerungen, die in beiden Ländern mit der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik Anfang des Jahrtausends eingeführt wurden (3). Mit Blick auf aktuelle Entwicklungen (4) diskutieren wir schließlich die den (gewandelten) Regimen inhärenten Konventionen, Subjektpositionen und Klassismen (5).

## 2 Übergangsregime im klassischen Wohlfahrtsstaat

Deutschland, das traditionell einer erwerbszentrierten politischen Ökonomie folgt, repräsentiert in diesem Beitrag das erwerbszentrierte Übergangsregime (Walther, 2006). Sein Bildungssystem ist überwiegend öffentlich, stark segmentiert und standardisiert (Hora et al., 2019a). Nach einer meist frühen Selektion führt der Weg für die leistungsstärksten Schüler:innen über das Gymnasium typischerweise an eine Hochschule, während er für die anderen Schüler:innen nach der Sekundarstufe idealerweise in eine Berufsausbildung mündet. Die meisten Berufsausbildungen werden im dualen System absolviert, d.h., theoretischer Unterricht in einer beruflichen Schule wird kombiniert mit der praktischen Ausbildung in einem Betrieb. Durch das duale System ist das Angebot an Ausbildungsstellen eng an die Arbeitsmarktlage gekoppelt und viele Absolvent:innen erhalten in ihrem Ausbildungsbetrieb nach erfolgreichem Abschluss eine feste Anstellung. Entsprechend ist die Jugendarbeitslosenquote in Deutschland vergleichsweise niedrig (Dietrich & Möller, 2016) und die Übergänge gestalten sich überwiegend nahtloser als in anderen Ländern – allerdings mit dem Nachteil, dass individuelle Aufstiegschancen innerhalb der Laufbahn eher gering sind.

Kennzeichnend für das erwerbszentrierte Übergangsregime ist eine ausgesprochene Polarisierung zwischen Insidern und Outsidern des Arbeitsmarktes. Während viele Übergänge nahtlos verlaufen, haben Jugendliche in Phasen der Arbeitslosigkeit nur begrenzte Rechte (Pohl & Walther, 2007). Denn die soziale Absicherung ist entweder an vorher geleistete Versicherungsbeiträge gekoppelt, was Jugendliche ohne reguläre Arbeitserfahrung ausschließt, oder im Zuge des Subsidiaritätsprinzips an die Bedürftigkeit des Elternhauses. Jugendliche, die im Übergang zwischen Schule und Beruf wegen Arbeitslosigkeit Sozialleistungen empfangen, sind also doppelt benachteiligt: einerseits durch Arbeitslosigkeit, andererseits dadurch, dass es ihren Eltern nicht möglich ist, sie (wie vorgesehen) bis zu ihrem 25. Lebensjahr finanziell zu unterstützen. Sie bilden die Zielgruppe der Maßnahmen der Übergangspolitik, und traditionellerweise sind diese Maßnahmen berufsvorbereitende Bildungsmaß-

nahmen, die individuelle Defizite beseitigen sollen, die der Aufnahme einer Berufsausbildung entgegenstehen (Pohl & Walther, 2007).

Schweden repräsentiert hier das universalistische Übergangsregime (Walther, 2006). Auch das schwedische Bildungssystem ist überwiegend öffentlich, allerdings deutlich weniger segmentiert. Zielsetzung ist es, allen Kindern eine kostenfreie Schulbildung und gleiche Chancen zu ermöglichen. Nach zehn verpflichtenden Schuljahren findet erstmals eine leistungsbezogene Selektion statt. Die Absolvent:innen können je nach erbrachter Leistung aus einer Reihe an Schulen und schulischen Ausbildungen mit jeweils unterschiedlichen allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schwerpunkten wählen. Alle Schüler:innen haben einen Anspruch auf einen Platz in einer weiterführenden Schule. Der Hochschulzugang stellt entsprechend die zweite Selektionsebene dar und ist rein von der individuellen Leistung in einzelnen Fächern abhängig, nicht von der Ausrichtung der weiterführenden Schule – also unter Umständen auch an einer berufsbildenden Schule erhältlich. Im Vergleich zu Deutschland sind die Bildungswege in Schweden also deutlich flexibler und weniger vorgezeichnet (Baysu & Valk, 2012).

Dadurch, dass die berufliche Bildung hauptsächlich schulisch organisiert und kaum an den Arbeitsmarkt gebunden ist, sind die Übergänge weniger nahtlos als in Deutschland. Die Jugendarbeitslosigkeit ist höher (Dietrich & Möller, 2016) und die Grenze zwischen Insidern und Outsidern des Arbeitsmarktes weniger deutlich. Bruchige Übergänge mit Wartezeiten und Neuorientierungen werden weniger stark als Abweichung empfunden. Alle Arbeitslosen ab 18 Jahren haben einen Anspruch auf Arbeitslosengeld, unabhängig vom sozio-ökonomischen Status der Herkunftsfamilie. Entsprechend handelt es sich bei den jungen Arbeitslosen in Schweden um eine diversere und weniger marginalisierte Gruppe als in Deutschland. Die Übergangspolitik beinhaltet traditionell ein breites Angebot an Orientierungs- und Bildungsmaßnahmen, bei der die persönliche Entwicklung im Vordergrund steht (Walther, 2022).

### 3 Die aktivierende Wende

Nicht zufällig hatten die verschiedenen Regimetypologien ihre Hochphase zu Beginn der 2000er Jahre. Um diesen Zeitpunkt herum haben viele Länder ihre sozialen Sicherungssysteme reformiert und es wurde durch die Einführung aktivierender Elemente zunehmend schwierig, kohärente Regime voneinander abzugrenzen. Im Folgenden skizzieren wir kurz die Logik der aktivierenden Arbeitslosenpolitik und erläutern dann, wie sie von Deutschland und Schweden umgesetzt wurde.

Die grundlegende Idee der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ist ihr Ansatz beim Individuum. Anstatt die Ursache für Arbeitslosigkeit im Arbeitsmarkt zu verorten und durch politische Maßnahmen in den Markt zu intervenieren, wird sie beim Individuum gesucht, dem es entsprechend an Motivation oder an Fähigkeiten

fehlen muss, eine Arbeit aufzunehmen – wir finden also eine Individualisierung des Problems (Lind & Møller, 2006). Um es auf der individuellen Ebene zu lösen, wird der Zugang zu staatlichen Leistungen an Bedingungen geknüpft – es kommt zu einer Konditionalisierung sozialer Rechte (Handler, 2003). Sie werden an einen individuellen Vertrag geknüpft, der bestimmte Pflichten festlegt, deren Einhaltung durch Sanktionskataloge gesichert wird. Zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen werden durch externe Träger qualifizierende und/oder sozialarbeiterische Maßnahmen bereitgestellt.

Sowohl in Deutschland als auch in Schweden müssen junge (aber auch alle anderen) Menschen einen Vertrag unterschreiben, sobald sie im Fall von Arbeitslosigkeit Sozialleistungen beziehen. Dort werden ihre individuellen Pflichten und Schritte bei der Arbeitssuche geregelt. Sanktionen in Form von drastischen Leistungskürzungen erhalten sie dann, wenn sie ohne legitimen Grund (1) selbstverschuldet ihre Arbeit verloren haben, (2) nicht fristgerecht ihre Bewerbungsaktivitäten nachweisen, (3) eine von der Arbeitsverwaltung vorgeschlagene Stelle nicht annehmen, (4) Termine nicht wahrnehmen. Schwedische Arbeitslose werden darüber hinaus sanktioniert, wenn sie (5) nicht bei der Erstellung in ihrer Eingliederungsvereinbarung mitwirken (in Deutschland wird sie dann als Verwaltungsakt vollzogen) und wenn sie (6) nicht aktiv angemessene Arbeit suchen. In Deutschland werden Empfänger:innen des Arbeitslosengeldes zudem sanktioniert, wenn sie sich (7) nicht rechtzeitig arbeitssuchend melden. Empfänger:innen von Arbeitslosengeld II dagegen erhalten zusätzlich Sanktionen, wenn sie (8) einer in ihrer Eingliederungsvereinbarung festgeschriebenen Pflicht nicht nachkommen. Diese Sanktionstatbestände sollen sicherstellen, dass Arbeitslose sich aktiv und selbsttätig um eine Arbeit bemühen, alle vorgeschlagenen Arbeitsstellen annehmen und zuverlässig mit der Behörde in Kontakt bleiben. Für Jugendliche wurden bei Regelverstößen in beiden Ländern zunächst deutlich drastischere Kürzungen der Geldleistungen eingeführt als für Ältere.

Jenseits dieser disziplinierenden Regelungen wurde das Spektrum an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausgeweitet. In Deutschland verlangten die neu eingeführten Regeln für unter 25-Jährige, dass diese unmittelbar in eine Arbeit oder Ausbildung oder ersatzweise in eine Arbeitsgelegenheit (1-Euro-Job) vermittelt werden sollten. Darüber hinaus standen ihnen auch weitere Maßnahmentypen offen, wie Weiterbildungen, Bewerbungstrainings oder Zuschüsse zum Aufbau einer Selbständigkeit; diese spielten jedoch eine untergeordnete Rolle. In der Anfangszeit wurden die meisten jungen Arbeitslosen in eine außerbetriebliche Ausbildung oder eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme vermittelt (Bundesagentur für Arbeit, 2022). Beide Angebote sind ausdrücklich an benachteiligte junge Menschen gerichtet. Außerbetriebliche Ausbildungen sind anerkannte Berufsausbildungen, die sich an diejenigen richten, die keinen Ausbildungsplatz in einem Betrieb erhalten haben. Die Ausbildung wird stellvertretend neben der

Berufsschule bei einem öffentlichen Träger absolviert und durch Praktika auf dem ersten Arbeitsmarkt ergänzt. Die erlernbaren Berufe erfordern einen Hauptschulabschluss und sind im Bereich Bau, Handwerk oder Handel angesiedelt. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen dagegen richten sich an diejenigen, die als noch nicht bereit für eine Berufsausbildung eingeschätzt werden. Sie dauern bis zu 12 Monate und hier sollen sich die Jugendlichen unterstützt durch Sozialarbeitende beruflich orientieren, erste praktische Erfahrungen sammeln, und sie können bei Bedarf den Hauptschulabschluss nachholen.

In Schweden wurde 2007 die nationale „Jobgarantie“ für Jugendliche eingeführt – ein Programm, das alle jungen Erwerbslosen einschließt, die sich arbeitslos gemeldet haben. Das Programm dauert bis zu 15 Monate und startet mit einem ausführlichen Profiling, Beratung, Coaching und intensiver Stellensuche – begleitet von einem individuellen Coach. Wenn die Arbeitslosigkeit über drei Monate andauert, können Praktika, Kurzzeitweiterbildungen und Bewerbungstrainings hinzukommen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, Zuschüsse zur Gründung einer Selbstständigkeit zu erhalten. Die Geldleistungen, die Jugendliche während ihrer Teilnahme am Programm erhalten, unterscheiden sich für versicherte und unversicherte Arbeitslose. Die Unversicherten erhalten bis zum Alter von 20 Jahren nur einen sehr geringen Betrag, wenn sie nicht über einen weiterführenden Schulabschluss verfügen. Somit wurden starke Anreize verankert, im Fall von Arbeitslosigkeit zurück in das allgemeine Bildungssystem zu gehen.

Der Vergleich der beiden Länder zeigt, dass die disziplinierenden Maßnahmen und Instrumente nahezu identisch geregelt wurden und sich hier eine *work first*-Logik durchgesetzt hat, die darauf abzielt, die Jugendlichen mit negativen Anreizen schnell in bezahlte Arbeit zu bringen. Bei den Fördermaßnahmen dagegen bleiben die traditionellen Regimelogiken stärker erhalten. Während die schwedische Jobgarantie einen universalen Zugang garantiert, starke Anreize für Bildung setzt und Jugendliche durch individuelles Coaching fördert, waren in Deutschland weiterhin die Maßnahmen der Berufsvorbereitung und außerbetrieblichen Ausbildung dominant, die gerade nicht auf allgemeine Bildung setzen, sondern zugeschnitten auf eine marginalisierte Gruppe den Zugang zu einem bestimmten Beruf ermöglichen sollten.

## 4 Aktuelle Entwicklungen

Seit der Einführung der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und dem damit verbundenen Wandel der Übergangsregime sind fast zwanzig Jahre vergangen, in denen es weitere Reformen gegeben hat. Zunächst ist für Europa generell zu beobachten, dass nach der Eurokrise die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik deutlich reduziert wurden (Hora et al., 2019b). Betrachtet man die Reformen

und Anpassungen in Deutschland und Schweden während der letzten zehn Jahre, lassen sich drei grobe Tendenzen ausmachen.

*Erstens eine leichte Abmilderung der disziplinierenden Elemente:* In Deutschland werden unversicherte Arbeitslose im Zuge der Einführung des Bürgergeldes seit 2023 bei Pflichtverletzungen weniger hart bestraft als zuvor. Dies gilt auch für Jugendliche, für die von nun an keine Sonderregeln mehr bestehen. Darüber hinaus wurde die Eingliederungsvereinbarung durch einen Kooperationsplan ersetzt, der von beiden Parteien ‚auf Augenhöhe‘ (Bernhard et al., 2022) erstellt werden soll, und zudem erhalten Arbeitslose einen Anspruch auf individuelles Coaching. In Schweden sind die Änderungen in diesem Bereich geringer, aber auch hier wurden die härteren Sanktionen für Jugendliche abgeschafft und an das Niveau der Älteren angeglichen.

*Zweitens eine Verschiebung von Schwerpunkten und Zielgruppen der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik:* In Deutschland lässt sich in den vergangenen zehn Jahren ein kontinuierlicher Rückgang an Teilnehmenden an Maßnahmen beobachten, der mit verringerten Ausgaben einhergeht. Zudem haben anfangs prominente Instrumente in den vergangenen zehn Jahren deutlich an Bedeutung verloren. So haben z. B. die Arbeitsgelegenheiten einen Rückgang um über 70 %, die Förderung von Selbständigkeit sogar um 85 % und die außerbetrieblichen Ausbildungen um fast 75 % zu verzeichnen (Bundesagentur für Arbeit, 2022). Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen spielen (in gesunkenem Umfang) nach wie vor eine zentrale Rolle, zum bedeutendsten Instrument ist aber die Berufsausbildungsbegleitung in Form von individueller Beratung und Unterstützung beim Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung avanciert. Insgesamt scheint es eine Tendenz zu vermehrt individueller Beratung zu geben, während die Qualifizierung wieder stärker in den Arbeitsmarkt verlegt wird. Die Zielgruppe der Maßnahmen sind nach wie vor benachteiligte Jugendliche. Dies zeigt sich auch an der Einführung der Förderung schwer erreichbarer junger Menschen im Jahr 2016, die seitdem darauf hinarbeitet, mehr leistungsberechtigte Jugendliche in den Hilfebezug zu integrieren, um sie entsprechend fördern zu können (Promberger et al., 2020).

In Schweden wurde die Arbeitsverwaltung 2014 umfassend reformiert, vor allem durch eine weitreichende Digitalisierung. Seitdem können Arbeitslose ihre Arbeitssuche auch mit Hilfe der digitalen Werkzeuge selbst und ohne persönliche Ansprechpartner:in durchführen. In den Aktivierungsprogrammen werden private Arbeitsvermittler:innen eingesetzt, sodass die Unterstützungs- und Vermittlungsleistungen durch die Behörde selbst stark zurückgefahren wurden (Bennmarker et al., 2021). In das neu eingeführte Matching-Programm KROM werden v. a. unterstützungsbedürftige Arbeitslose mit besseren Arbeitsmarktchancen aufgenommen, während Ausländer:innen, Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderung in das Programm STOM integriert werden (Arbetsförmedlingen,

2021). Also ist einerseits ein Creaming-Effekt zu beobachten, insofern für das neue Programm diejenigen ‚abgeschöpft‘ werden, von denen man sich eine leichte Vermittlung erhofft. Andererseits hat die Reform dazu geführt, dass ein Teil der Arbeitssuchenden nun auf sich gestellt ist. Es wird also vermehrt auf Effizienz gesetzt, indem sich die Arbeitsvermittlung zunehmend auf diejenigen konzentriert, die zwar Förderung brauchen, bei denen diese Förderung aber auch maximalen Nutzen verspricht.

*Drittens eine Aufwertung von Bildung und Ausbildung:* In Deutschland lässt sich eine leichte Abkehr von dem mit den Reformen eingeführten *work first*-Ansatz beobachten. Jugendliche sollen nun nicht mehr unverzüglich in eine Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit vermittelt werden, sondern durch Bildung und Ausbildung zunächst formal qualifiziert und bei Bedarf durch individuelles Coaching betreut werden. Damit hat die Berufsausbildung wieder eindeutig Vorrang vor der Aufnahme einer unqualifizierten Beschäftigung und eine Qualifikation jenseits des Hauptschulabschlusses kommt für arbeitslose Jugendliche im Leistungsbezug wieder explizit in Betracht. Ausbildung und Bildung werden also gegenüber Beschäftigung aufgewertet. In diese Richtung weist auch der 2009 eingeführte Rechtsanspruch, im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme den Hauptschulabschluss nachzuholen (Biermeier et al., 2022).

Für Schweden zeigt sich eine ähnliche Entwicklung, auch wenn Bildung hier traditionell immer schon stärker im Mittelpunkt der Übergangspolitik stand. Landesweit ermöglicht ein Programm auf kommunaler Ebene allen jungen Menschen, einen weiterführenden Schulabschluss nachzuholen. Lange war dies jedoch (ebenso wie in Deutschland bis heute, abgesehen vom Hauptschulabschluss) nur dann möglich, wenn man nicht gleichzeitig arbeitslos gemeldet war. Seit 2017 kann der weiterführende Schulabschluss durch einen Vertrag zwischen der arbeitslosen Person, der Kommune und der Arbeitsverwaltung parallel zur Arbeitslosigkeit nachgeholt werden. Während der Bildungszeit, die individuell vereinbart wird, ist es möglich, zu arbeiten oder an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilzunehmen. Dadurch kommt es zu einer stärkeren Verzahnung von Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslose können einen fehlenden Bildungsabschluss leichter nachholen. Die nach wie vor ungleichen Transferleistungen für junge Arbeitslose mit oder ohne weiterführenden Schulabschluss, die unmittelbar nach Aufnahme eines Ausbildungsvertrags jedoch angeglichen werden, sollen hier einen starken Anreiz setzen, die Option auf mehr Bildung wahrzunehmen.

## 5 Fazit: Konventionen, Subjektpositionen, Klassismen

Seit der Einführung der Aktivierungspolitik lassen sich die Übergangsregime nicht mehr auf jeweils ein einzelnes ordnendes Prinzip zurückführen. Basierend auf Boltanskis und Thévenots (1999) Konzept der Rechtfertigungsordnungen

analysiert Diaz-Bone (2022, S. 46) die „koexistierende Pluralität von institutionellen Logiken“ als Konventionen im Bereich der Gesundheitspolitik. Übertragen auf die Übergangspolitik lässt sich aus unseren Beobachtungen schließen, dass beim Verhältnis zwischen arbeitsloser Person und Arbeitsverwaltung die staatsbürgerliche Konvention, die Rechte durch Status garantiert, nicht abgelöst, aber ergänzt wurde um eine marktförmige Konvention, die Rechte auf Basis eines individuellen Vertrags zugänglich macht. In Deutschland scheint die staatsbürgerliche Konvention durch die Reformen um das Bürgergeld wieder etwas gestärkt zu werden, grundsätzlich finden wir aber in beiden Ländern beide Konventionen. Anders stellt sich die jeweilige Konzeption des Arbeitsmarktes dar. In Deutschland dominiert hier nach wie vor die industrielle Konvention eines standardisierten Arbeitsmarktes mit ausdifferenzierten, aber stabilen Berufsbildern, der auf hoch spezialisierte Fachkräfte baut. In Schweden dagegen zielen die Maßnahmen stärker auf allgemeine Bildung und Flexibilität, d. h., zur industriellen tritt hier eine projektförmige Konvention, die dem Marktideal des „neuen Geists des Kapitalismus“ (Boltanski & Chiapello, 2006) folgt.

Auf der Ebene des von den Übergangspolitiken adressierten Subjekts entsprechen diese Konventionen unterschiedlichen Subjektpositionen (Bosančić, 2019). Im Bereich der Sanktionsgründe finden wir die arbeitslose Person als Negativsubjekt, das sich als passiv, wählerisch und unverantwortlich präsentiert und daher zu verantwortungsvollem Handeln gezwungen werden muss (Grimmer & Hobbins, 2014). Das wünschenswerte Subjekt dagegen ist aktiv, verantwortungsvoll und bescheiden bzw. flexibel – wobei die geforderte Flexibilität in Deutschland mit der geplanten Abschaffung des Vermittlungsvorrangs wieder etwas zurückgenommen wird. Seine Teilhabe am Arbeitsmarkt ist aber ganz unterschiedlich konzipiert. Die schwedische Jobgarantie setzt Anreize für Bildung und kombiniert Arbeitssuche mit Kurzzeitpraktika, Bewerbungstrainings und Hilfen zur Unternehmensgründung. Damit zielt sie auf gebildete, flexible Subjekte mit verschiedenen praktischen Fertigkeiten und großer Anpassungsfähigkeit an eine dynamische Wirtschaft – auf Unternehmersubjekte (Bröckling, 2007). In Deutschland dagegen liegt der Schwerpunkt nach wie vor auf der beruflichen Ausbildung. Einen höheren Schulabschluss als den Hauptschulabschluss nachzumachen, ist zwar möglich, aber nicht zentral. Damit zielt die Übergangspolitik nicht auf die Herstellung unternehmerischer Subjekte, sondern auf Fachkräfte in (vorwiegend handwerklichen) Berufen, deren Ausbildung nicht mehr als einen Hauptschulabschluss erfordert – also eine Kombination aus geringer Bildung mit spezialisierter Ausbildung, die im Idealfall ein Berufsleben lang beibehalten wird. Diese deutsche Fokussierung der Übergangspolitik lässt sich als Klassenpolitik verstehen: Durch den begrenzten Zugang zu Arbeitslosenunterstützung vorwiegend auf Jugendliche aus armen Familien sind die Maßnahmen auf eine benachteiligte Gruppe ausgerichtet. Sie helfen dabei, Kinder aus der „Unterschicht“ in die „untere

Mittelschicht“ zu integrieren und reproduzieren damit soziale Ungleichheit und soziale Ordnung – denn weitere soziale Aufstiege sind nicht vorgesehen. Schweden zeigt durch den universellen Zugang zu Leistungen und die allgemeinere Ausrichtung seiner Programme, dass Übergänge nicht zwangsläufig eine Frage der Klasse sein müssen. Allerdings zeigt sich in letzter Zeit eine Annäherung der beiden Länder aneinander. Die Verankerung der Möglichkeit allgemeiner Bildung auch in der deutschen Sozialgesetzgebung und die Neuerungen, die mit der Einführung des Bürgergeldes einhergehen, bringen sicher keinen Regimewandel mit sich, aber vielleicht etwas verbesserte Aufstiegschancen für junge Arbeitslose. Ob sich dagegen in Schweden durch die Digitalisierung der Arbeitsverwaltung und die Neuausrichtung der Vermittlungsprogramme eine Trendwende hin zu einer Übergangspolitik für bestimmte soziale Gruppen vollziehen wird, ist noch nicht vorherzusagen.

## Literatur

- Arbetsförmedlingen (2021). *Kundval Rusta och Matcha. Uppföljning och lärdomar efter ett år med en ny matchningstjänst*. Arbetsförmedlingen.
- Baysu, G. & de Valk, H. (2012). Navigating the School System in Sweden, Belgium, Austria and Germany: School Segregation and Second Generation School Trajectories. In *Ethnicities*, 12(6), 776-799.
- Bennmarker, H., Lundin, M., Mörtlund, T., Sibbmark, K., Söderström, M., & Vikström, J. (2021). *Krom – erfarenheter från en ny matchningstjänst med fristående leverantörer inom arbetsmarknadspolitiken*. IFAU Uppsala. [www.ifau.se/globalassets/pdf/se/2021/r-2021-07-krom-erfarenheter-fran-en-ny-matchningstjanst-med-fristaende-leverantorer-inom-arbetsmarknadspolitiken.pdf](http://www.ifau.se/globalassets/pdf/se/2021/r-2021-07-krom-erfarenheter-fran-en-ny-matchningstjanst-med-fristaende-leverantorer-inom-arbetsmarknadspolitiken.pdf) [22.08.2023].
- Bernhard, S., Röhrer, S. & Senghaas, M. (2022). Auf dem Weg zum Bürgergeld: Die Sanktionspraxis nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und ‚in Zeiten von Corona‘. In *Sozialer Fortschritt*, 71(99), 1-17.
- Biermeier, S., Dietz, M., Dony, E., Greger, S. & Knapp, B. (2022). Der nachträgliche Hauptschulabschluss: Zentrale Erfolgsvoraussetzungen aus Sicht der arbeitsmarktpolitischen Praxis. *IAB-Forum* 17. Oktober 2022. <https://doi.org/10.48720/IAB.FOO.20221017.01>
- Blasco, A. L., McNeish, W. & Wälther, A. (Eds.). (2003). *Young People and Contradictions of Inclusion: Towards Integrated Transition Policies in Europe*. Bristol University Press.
- Boltanski, L. & Chiapello, E. (2006). *Der neue Geist des Kapitalismus*. UVK.
- Boltanski, L. & Thévenot, L. (1999). The Sociology of Critical Capacity. In *European Journal of Social Theory*, 2(3), 359-377.
- Bosančić, S. (2019). Interpretative Subjectivation Analysis – A Critical Perspective on the Discursive Situatedness of Human Subjectivities. In *Society Register*, 3(1), 87-104.
- Bröckling, U. (2007). *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*. Suhrkamp.
- Bundesagentur für Arbeit (2022). *Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Zeitreihe Jahreszahlen): Deutschland, Jahreszahlen 2000–2021*. Bundesagentur für Arbeit.
- Diaz-Bone, R. (2022). Konventionentheoretische Perspektiven auf die Ökonomie und die Soziologie der Gesundheit. In V. Cappel & K. E. Kappler (Hrsg.), *Gesundheit – Konventionen – Digitalisierung*. (S. 45-75) Springer Fachmedien.
- Dietrich, H. & Möller, J. (2016). Youth Unemployment in Europe – Business Cycle and Institutional Effects. In *International Economics and Economic Policy*, 13(1), 5-25.

- Emmerich, M. & Hormel, U. (2021). Unequal Inclusion: The Production of Social Differences in Education Systems. In *Social Inclusion*, 9(3), 301-312.
- Grimmer, B. & Hobbins, J. (2014). Active Entrepreneurs and Blue-collar Workers. Cultural Understandings Mirrored in European Youth Unemployment Policies. In *International Journal of Sociology and Social Policy*, 34(7/8), 559-576.
- Handler, J. F. (2003). Social Citizenship and Workfare in the US and Western Europe: From Status to Contract. In *Journal of European Social Policy*, 13(3), 229-243.
- Hora, O., Horáková, M. & Sirovátka, T. (2019a). Diversity of Youth Policy Regimes and Early Job Insecurity – Towards an Integrated Approach. In B. Hvinden, C. Hyggen, M. Schoyen & T. Sirovátka (Hrsg.), *Youth Unemployment and Job Insecurity in Europe*. (S. 138-157) Edward Elgar Publishing.
- Hora, O., Horáková, M. & Sirovátka, T. (2019b). Policy adaptation to address early job insecurity in Europe. In *Youth Unemployment and Job Insecurity in Europe*. (S. 158-183) Edward Elgar Publishing.
- Lind, J. & Möller, I. H. (2006). Activation for What Purpose? Lessons from Denmark. In *International Journal of Sociology and Social Policy*, 26(1/2), 5-19.
- Pohl, A. & Walther, A. (2007). Activating the Disadvantaged. Variations in Addressing Youth Transitions Across Europe. *International Journal of Lifelong Education*, 26(5), 533-553.
- Promberger, M., Klingert, I. & Nivorozhkin, A. (2020). Einbeziehung schwer zu erreichender junger Menschen in die Grundsicherung – eine Erfolgsgeschichte? *IAB-Forum 29. Oktober 2020*. [www.iab-forum.de/einbeziehung-schwer-zu-erreichender-junger-menschen-in-die-grundsicherung-eine-erfolgsgeschichte/](http://www.iab-forum.de/einbeziehung-schwer-zu-erreichender-junger-menschen-in-die-grundsicherung-eine-erfolgsgeschichte/) [23.08.2023].
- Walther, A. (2006). Regimes of Youth Transitions: Choice, Flexibility and Security in Young People's Experiences Across Different European Contexts. In *YOUNG*, 14(2), 119-139.
- Walther, A. (2022). Welfare States as Transition Regimes: Reconstruction from International Comparisons of Young People's Transitions to Work. In B. Stauber, A. Walther & R. A. Settersten (Hrsg.), *Doing Transitions in the Life Course*. (S. 37-53). Springer International Publishing.

## Autorinnen

### Grimmer, Bettina, Dr.in

Pädagogische Hochschule Zürich/Abteilung für bildungswissenschaftliche Forschung

*Arbeits- und Forschungsschwerpunkte:* Bildungssoziologie, Sozialpolitik und Kulturosoziologie.

[bettina.grimmer@phzh.ch](mailto:bettina.grimmer@phzh.ch)

### Hobbins, Jennifer, Dr.in

Swedish National Defense University/Department of Leadership

*Arbeits- und Forschungsschwerpunkte:* Arbeits- und Organisationssoziologie, Politische Soziologie.

[jennifer.hobbins@fhs.se](mailto:jennifer.hobbins@fhs.se)